



Biwöchlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Infusionsgebühr für den Raum einer
fünfstelligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Nr. 88. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Uherdein übernehmen alle Post-
aufnahmen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Donnerstag, den 21. Februar 1867.

Deutschland.

Berlin, 20. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Notar Dr. jur. Schramm zu Hamburg den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem Kaufmann Gustav Adolf Schön, dem Kaufmann Emil Christ, Schubart und dem Advocaten Dr. jur. Donnenberg dasselbst den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen, ferner den Divisions-Auditeur der 7. Division, Justiz-Rath und Seconde-Lieutenant a. D. Carl August Stetter zum Corps-Auditeur des 9. Armee-Corps und den Divisions-Auditeur der 8. Division, Justiz-Rath und Hauptmann a. D. Adolph Müller, zum Corps-Auditeur des 11. Armee-Corps ernannt.

Der Notar Menz in Montjoie ist in den Friedensgerichtsbezirk Lechenich im Landgerichtsbezirk Bonn, mit Ausweitung seines Wohnsitzes in Lechenich, versetzt worden. (St. A.)

[Die meisten engeren Wahlen und Nachwahlen] werden schon in dieser und der nächsten Woche stattfinden. In Lennep und Duisburg werden dieselben am 22., in Solingen und Düsseldorf am 26., in Danzig am 25. vor sich gehen.

[Zur Frankfurter Deputation] schreibt die offizielle „Prov.-Corresp.“:

Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß Frankfurt nicht blos durch den Verlust seiner Selbstständigkeit, sondern auch in Bezug auf äußeren Glanz und manche bisherige Quellen des Wohlstandes mehr als irgend eine andere Stadt betroffen worden ist. Gesetz für diese augenblicklichen Verluste wird die Bevölkerung allmälig in sehr reizendem Maße finden, wenn sie ihre Stellung in dem neuen großen Gemeinwesen und auf den Grundlagen eines freieren Vertrahs mit all den reichen Mitteln und Vorzügen ihrer Lage und bisherigen Entwicklung alsbald mit frischer Muthe einzunehmen und zu verwerten versucht.

Es dürfte wenige Städte geben, welche unter der Kunst der sich ringsum entwickelnden neuen Verhältnisse zu einem so hohen gewerblichen Aufschwung berufen wären, wie gerade Frankfurt. Statt diese Aussicht unter den gewandelten Verhältnissen mit raschem Erfolge zu erfassen, hat sich aber ein Theil der Bevölkerung zunächst einer großen Entmuthigung und gleichzeitig einer bitteren Gereiztheit gegen Preußen hingegeben und dadurch die augenblickliche Lage nur verschärft. Statt die Hand der preußischen Regierung, die allen ihren Angehörigen Wohlwollen und gewissenhafte Fürsorge widmet, vertrauensvoll zu erlassen, trug man mit großer Beschlissenheit eine trockne Entfremdung zur Schau und suchte Unterstützung bei den leidenschaftlichsten demokratischen Gegnern der Regierung.

Das war nicht der Weg, eine Erleichterung und Besserung der Frankfurter Verhältnisse anzubahnen.

Zeigt sieht man dies in Frankfurt selbst erkannt zu haben. Der Verlauf der Reichstagswahl gibt Zeugnis dafür, daß die Bevölkerung nicht mehr den Nachschlägen der Leidenschaft zu folgen, sondern eine entgegengesetzte Haltung einzunehmen entschlossen ist.

Die erwähnte Deputation hat zunächst bei den Ministern und hierauf bei Sr. Majestät gutt und wohlwollende Aufnahme gefunden. Der König hat eine nochmalige sorgfältige Prüfung aller bezüglichen Verhältnisse befohlen und die Sicherung gegeben, daß der Stadt Frankfurt, für die er von jeher eine große Beihilfe gegeben habe, nicht mehr auferlegt bleiben sollte, als sie reine Gefährdung des bürgerlichen Wohls tragen könnte.

[Die Marine-Verwaltung] entwickelt auf das Neue eine große Thätigkeit und es werden bei dem Baue neuer Kriegsschiffe die Systeme in Anwendung gebracht, welche sich bisher als die angemessensten bewährt haben. So wird, wie man der „Köln. Ztg.“ von hier schreibt, die eine der neu gebauten Panzerfregatten als ein Muster in ihrer Art angesehen werden können. In Nordamerika sollen ferner mehrere leichte Aviso's angekauft werden.

[Der Kirchmann'sche Prozeß.] Am 23. d. Mts. sieht vor dem königlichen Obertribunal in der gegen den Abgeordneten Vice-Präsidenten v. Kirchmann erhobenen Disziplinar-Untersuchung Termin an. Wie wir hören, wird Herr v. Kirchmann seine Vertheidigung persönlich führen.

[Beschlagnahme.] Die für die Post bestimmte Auflage der Nr. 43 der „Volks-Zeitung“ vom 20. Februar ist — mutmaßlich wegen des Leitartikels: „Die sogenannte Verfassungs-Vorlage“ — politisch mit Beschlag belegt worden.

Aus dem Lohrgrunde, 17. Febr. [Beschlagnahme.] Wie aus verlässiger Quelle mitgetheilt wird, sind vor einigen Tagen die ehemals bayerischen, dem Landgerichtsbezirke Orb angehörigen Ortschaften Kassel, Höchstädt und Wörthheim von preußischen Truppen zur Aufrethaltung der öffentlichen Ordnung besetzt worden.

Dresden, 20. Febr. [Zu Ehren des Königs und des Kronprinzen von Preußen] fand gestern Nachm. 4 Uhr im Bankettsaal des k. Residenzschlosses große Galatafel statt, an welcher außer den hohen Gästen und sämtlichen Gliedern der königl. Familie der Prinz Albrecht von Preußen, sowie die Erbgroßherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz Theil nahmen. Nach beendetem Tafel wohnte der König Wilhelm und der König Johann nebst den prinzlichen Herrschäften der Aufführung des Lustspiels „Englisch“ im königl. Hoftheater bei. Halb 9 Uhr fand im königl. Residenzschloß Hofconcert statt, zu welchem ebenfalls zahlreiche Einladungen ergangen waren. Heute Vormittags 10 Uhr erfolgte die Aufstellung der in Dresden garnisonirenden königl. preußischen Truppen im Ordonnaanzuge in der Neustädter großen Infanterie-Kaserne und Besichtigung derselben durch Sr. Majestät den König von Preußen, welcher ½ 11 Uhr die noch im Gabettenshause liegenden schwerverwundeten preußischen Mannschaften besuchte. Hieran schloß sich eine Präsentation des königl. sächsischen Lehrbataillons vor Sr. Majestät dem König Wilhelm, welcher in Begleitung des Kronprinzen und des Prinzen Albrecht von Preußen im Hof der Neustädter Reiterkaserne erschien und daselbst von dem Könige Johann, sowie dem Kronprinzen Albert und dem Prinzen Georg empfangen wurde. Die Generalität und Stabsoffiziere der Garnison waren hierbei zugegen. Nach einem Besuch der Gemäldegalerie und des historischen Museums begaben sich Sr. Majestät der König von Preußen nach dem nahe gelegenen Schloß Albrechtsberg, worauf derselbe das grüne Gewölbe besichtigte. Nachmittags 4 Uhr findet Familientafel statt. Die Abfahrt der hohen Gäste unseres königlichen Hauses erfolgt heute Abend 7 Uhr und werden sich hierbei die Generalität und die Stabsoffiziere der Garnison zur Begrüßung auf dem Leipziger Bahnhofe versammeln. (Dresden. J.)

Leipzig, 20. Februar. [Die in Leipzig nächstig genordene engere Wahl zum norddeutschen Parlamente] hat am heutigen Tage stattgefunden. Stephani oder Wächter lautete die Lösung, was gleichbedeutend war mit „Fortschritt auf allen Gebieten“ oder „sächsische Reaction“. Der engerzige sächsische Particularismus hat gesiegt, Leipzig wird durch den reactionären Geheimrat von Wächter auf dem Parlamente vertreten sein. Wächter hat 885 Stimmen erhalten, als Stephani. Weshalb? Man nennt doch Leipzig sonst eine liberal gesinnte Stadt? Weil jedes Anerkennen der faktischen Thatsachen mit dem bequemen Worte Annexion bezeichnet wird. Stephani ist ein rechter Deutscher, also muß er ein Annexionsist sein; denn der rechte Sachse will eben kein Deutscher, sondern nur ein Sachse

sein. Das die heutige Wahl ein sicherer Schritt der Annexion entgegen ist, begreifen diese Leute nicht, die nichts lernen und nichts vergessen und die in ihrer Blödheit glauben, Graf Bismarck mit einer halben Million Bayonnette hinter sich werde sich von einem Leipziger Professor im Parlamentshause Variationen zu dem Pastor Schraderschen „Annexion ist Sünde“ geben lassen. Zu dieser engeren Wahl war der Kampf der Parteien nochmals in einer fast nicht zu beschreibenden Hefrigkeit entbrannt. Dickbaudig wie in den Messen erschienen die Local-Blätter mit heftigen Philippiken für und gegen die beiden Candidaten. Auch in den Regierungs-

kreisen schien man bei der engeren Wahl sehr thätig zu sein. Geheim-Rath v. Wächter ist daselbst willkommen. Die sämmtlichen an der westlichen Staatsbahn Angestellten, die Beamten der Post u. s. w. sind zu Wächter's Wahl veranlaßt worden. Außerdem aber ist noch ein seltsames Zeichen geschehen, daß befunder, zu welchen Auswüchsen der blinde Parteihäuf zu führen weiß. Die sogenannten Neurepublikaner halten anfänglich Wutte, die Lassalleianer L. Würkert als Candidaten aufgestellt. Beide fielen bei der ersten Wahl völlig durch. Um nun der liberalen oder, wie sie sagen, vœujsischen Partei den Sieg nicht zu gönnen und die Wahl des Vice-Bürgermeisters Stephani zu hinterreissen, haben sich Republikaner und Socialdemokraten der Reaction in die Arme geworfen und haben ebenfalls Wächter gewählt. Im Verein mit dem reactionären patriotischen Vereine haben Republikaner und Radikale denselben Geheimrat v. Wächter gewählt, der zum allgemeinen Entsetzen jedes freisinnig denkenden Mannes vor etwa vier Monaten in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung die Erklärung abgab: „Der sächsische Verfassungsbruch habe durch sein fünfzehnjähriges Bestehen eine gemisse Berechtigung erlangt“. — Die Welt ist rund und muß sich drehen — wer zweifelt noch daran? Reactionäre, Republikaner und Socialdemokraten wählen denselben Abgeordneten, der nicht etwa nur dem Namen nach, sondern auch in der Gesinnung adelig, d. h. in diesem Falle Gegensatz von bürgerlich ist.

Darmstadt, 18. Febr. [Haussuchung.] Die in „Unsere Zeit“ enthaltenen Schilderungen der hessischen Zustände erregen hier eine lebhafte Aufmerksamkeit, und soll kürzlich hier eine Haussuchung vorgenommen werden, durch welche man den Verfasser jenes Aufsatzes zu ermitteln bezieht. (G. L. Z.)

Frankfurt, 19. Februar. [Eine Erklärung Nothschild's.] Das „Frank. J.“ ist um Aufnahme nachstehender Erklärung ersucht worden:

An meine Mitbürger im Wahlkreise Frankfurt a. M.

Obwohl meine persönlichen Verhältnisse mich zu dem bestimmten und auf richtigen Erfolge geföhrt hatten, ein Mandat zum Parlamente des norddeutschen Bundes nicht anzunehmen und mich in diesem Sinne vor dem Wahlgange mehrfach zu äußern, so bat doch die allgemeine Kundgebung eines ebenso großen als nicht erwarteten Zuspruchs einen überwältigenden Eindruck auf mich überlassen. Nachdem ich in Folge dessen bereits am 16. d. M. dem königl. Wahl-Commissionarius Hrn. Landrat v. Madai in Antwort auf die von demselben mir zugegangene Mithilfe und Aufforderung, die Erklärung abgegeben habe, daß ich die für mich entschiedne Wahl als Abgeordneter zum Reichstage des norddeutschen Bundes annehme, und bereit bin, die dadurch mir auferlegten Pflichten zu übernehmen, die daraus fließenden Rechte auszuüben, und indem ich nun im Begriffe bin, den mir gewordenen höchst ehrenvollen Beruf anzutreten, ist es mir ein Herzentscheid, hiermit allen Wählern des Wahlkreises, welche durch Abgabe ihrer Stimmen oder durch ihren Willen und ihre Fürsprache ihr so schätzbares Vertrauen mir bewahrten, meinen innigen, tiefesfühligen Dank auszusprechen, so für dieses Vertrauen, wie für die mir bezeugte wohlwollende und nachsichtige Beurtheilung meiner Befreiung zum Wohle der geliebten Vaterstadt und des Vaterlandes.

Mayer Carl v. Rothschild.

Frankfurt a. M., den 18. Februar 1867.

Frankfurt a. M., 19. Februar. [Eine Forderung an den alten Bund.] Preußen hat bekanntlich an die Stadt Frankfurt eine Forderung von 28.210 Thlr. als Entschädigung dafür gestellt, daß am 16. Juni v. J. die königl. vœujsische Telegraphenstation aufgehoben worden ist. Frankfurt hat bezüglich dieser Forderung in seiner Denkschrift an die Bundes-Liquidations-Commission bemerk, die Aufhebung der genannten Telegraphen-Station sei lediglich auf Anordnung des Bundes und zwar durch bairische Truppen erfolgt, ohne daß Frankfurt davon in Kenntniß gesetzt worden ist. Sollte die Stadt aber gleichwohl zur Zahlung der preußischen Forderungen angehalten werden, so müsse sie sich ihren Regress an den früheren Bund vorbehalten. Die Liquidations-Commission hat bekanntlich sämmtliche Forderungen, die Frankfurt in seiner Denkschrift erhoben, als unbegründet zurückgewiesen und sich bezüglich des oben erwähnten Regresses dahin geäußert, daß diese Angelegenheit aus nahe liegenden Gründen um so mehr auf sich beruhen bleibe, als die Commission zu deren Erörterung und Entscheidung nicht competent sei. (N. Z.)

München, 16. Febr. [Haussuchung.] Vorgestern wurde bei dem ehemaligen schleswig-holsteinischen Hauptmann Thümser Haussuchung nach zwei von ihm verfaßten Broschüren, welche gegen das Gesamtministerium und gegen das Hohenlohe'sche Programm gerichtet sind, vorgenommen. Es wurden etwa 70 Exemplare vorgefunden. Die Beschlagnahme geschah nicht ohne Protest des Verfassers und nur nach gewaltamer Deßnung von Thür und Kosten, welche der Bierels-Commissar, Herr Hüttner, erst nach Beziehung von drei weiteren Commissaren und vier Mann Gendarmerie durch einen Schlosser vornehmen ließ. (A. Abbartz.)

Oesterreich.

* Wien, 19. Febr. [Der niederösterreichische Landtag.] — Die Reconstruction Ungarns. — Graf Andrássy. — Der Reichsrath.] Der betreffende Ausschuss unseres Wiener Landtages wird beantragen, keine Adresse als Antwort auf den Regierungserlaß abzufassen, der uns die Herstellung der Verfassung ankündigt, sondern einfach die Wahlen für den legalen Reichsrath vorzunehmen. In der Motivirung dieser Resolution aber soll die positive Erwartung ausgesprochen werden, daß die Regierung sich demgemäß fortan auch bei das ganze Reich betreffenden Gesetzen jeder Berufung auf das Septemberpatent enthalten und daß uns der gebührende Einfluß auf die Neugestaltung Oesterreichs gewahrt bleibt. — Der Abgabe eines bestimmten Votums über den Stand der Verhandlungen mit Ungarn habe der Landtag sich dagegen zu enthalten, weil ein solches dem Reichsrath voreignen würde. Das ist recht schön und gut: nur hat die Sache freilich den Haken, daß, wenn nicht auf Grund des Septemberpatentes, eben auf Grund des § 3 octroyirt werden muß, was so des Tages Bedarf mit sich bringt — wenigstens diesseits der Leitha, wo ja noch gar keine Centralvertretung beisammen ist, vermag ich einen anderen Ausweg nicht abzusehen. Auch liegt der weitere Knüppel beim Hunde, daß

Baron Beauf's Versprechen, uns unter Recht der „freien Zustimmung“ zu den ungarischen Propositionen „nicht zu verkümmern“, doch am Ende der Natur der Sache nach nichts weiter sein kann, als eine capatio benevolentiae ohne besondere praktische Bedeutung. Das großmährische Reich ist seit heute früh fix und fertig: wollen wir Führung mit ihm behalten, so müssen wir eben unser deutsches Schwabennest an diesen stolzen Bau da anlecken, wo der stolze Magharen uns seine gnädige Erlaubnis dazu giebt — wenn nicht, so mögen wir uns zum T.... scheeren; denn daß er unsertwegen keinen Umbau in seinem Hause vornehmen wird, darauf können wir uns verlassen. Die ungarische Hofkanzlei und die Statthalterei in Oden einschließlich des Tavernicus Baron Semper sind ad acta gelegt; die siebenbürgische Hofkanzlei desgleichen; das Großfürstenthum ist Ungarn bedingungslos einverlebt und dem verantwortlichen Ministerium in Pest unterstellt — ein vernünftiger Mensch zweifelt unter diesen Umständen, daß die croatische Hofkanzlei ebenfalls in kürzester Frist den Weg alles Fleisches gehen muß und daß Graf Andrássy Recht hatte, sich zu rühmen, er habe den „Dreimengen“ gegenüber Carte blanche.

Kann nun ein ernsthafter Mensch behaupten, daß nach einer solchen Umwälzung, die eine endgültige Constituierung der östlichen Reichshälfte bedingt, die westliche noch etwas Anderes thun kann, als nach dem von Ungarn vorgezeichneten Bauplan sich einrichten? Der nächste entscheidende Moment dafür, ob diese radical Revolution zum Heile oder zu sofortigem Verderben ausschlagen wird, dürfte nun wohl in dem Verhalten der Slaven liegen. Daß die Magharen ihnen gegenüber allzu glimpflich aufzutreten werden, glaube ich kaum. Nicht nur, daß es unter ihnen Hightöpfe giebt, die den Serben und Kroaten ganz gerne eine Lection ertheilen und mit besonderer Wollust jede Gelegenheit ergreifen würden, um an den Wallachen für die schrecklichen Gräuel, die sie vor zwanzig Jahren an den Szeklern Siebenbürgens verübt, Revanche zu nehmen — auch Graf Andrássy hat es keinen Hehl, daß eine gelinde slavische Propaganda ihm gar nicht so unerwünscht käme, als geeignetstes Mittel, sofort eine starke ministerielle Partei im Lande zu formiren. Wir hier, meinte er, hätten einstweilen keine andere Aufgabe, als mit den Czechen fertig zu werden, und er wolle uns zeigen, wie man mit den Nationalitäten gewisser Sorte umspringen müsse. Aus der Proklamirung des Belagerungszustandes mache er sich gar nichts, wenn das im Namen der Freiheit nothwendig sei. Es ist das zugleich eine indirekte Antwort an den Cardinal Rauscher, der im Privatgespräche mit anderen Landtagsabgeordneten schon wieder alle Schrecken des Militärregiments prophezeite. Gut! aber den Einen Vorheil haben wir mindestens von dem neuesten Arrangement, daß das hinförst ausschließlich Sach der Ungarn sein wird, daß wir nicht selber die Büttel zu spielen oder gar die Russen zu dem Behufe herbeizurufen brauchen! — Hübner werden wir, wie es scheint, einen föderalistisch-slavischen Reichsrath bekommen, da die Landtage in Prag und Brünn sich sorgfältig hüten werden, Buust einen Vorwand zu ihrer Auflösung zu bieten. Dies wird also erst zugleich mit der des Reichsrathes erfolgen können, wenn in letzterem die Opposition zum Durchbruch gelangt. Mit den alsdann nothwendigen Neuwahlen für Landtage und Abgeordnetenhaus werden mithin wieder Monate verschwendet.

gram, 19. Febr. [Gegen das ungarische Ministerium.] Mehrere Municipien, darunter das Werowitz, haben in ihren soeben eröffneten General-Versammlungen beschlossen, an Artikel 42 des 1861er Landtages festzuhalten und das ungarische Ministerium nicht anzuerkennen. Das Heeres-Ergänzungsgesetz wurde überall verworfen und überhaupt nichts anerkannt, was nicht nach croatischen Anscheinungen verfassungsmäßig ist.

Italien.

Florenz, 17. Februar. [Zur Ministerkrise.] Wie bedenklich die jetzige Krise ist, schreibt man der „K. Z.“, mag daraus entnommen werden, daß die clerical Partei einen Versuch mache, die Regierungsgewalt an sich zu bringen. Man zählt auf die Angst des alternden Königs. „Er fürchtet die Hölle, folglich ist noch nichts verloren“, sagte einst der Papst von Victor Emanuel, und nun scheint man sich daran zu erinnern. Man spricht in katholischen Kreisen die Hoffnung aus, der König werde sich „an den katholischen Instinct der Mass“ wenden und einen liberal-katholischen Ministerium vorbereiten, in welchem Menabrea sehr wohl an seinem Platze wäre und der sehr gut dazu passte, bei einer Heirath des Prinzen Humbert mit einer österreichischen Prinzessin als Zeuge zu dienen. Ja, man geht so weit, zu behaupten, der König habe eine der katholischen Notabilitäten des Parlaments zu sich gebeten und dieselbe ausgeholt, ob im Falle, wenn der König seine Rathgeber in den Reihen der liberalen Katholiken zu wählen geneigt wäre, er auf die erwähnte Persönlichkeit rechnen dürfe. Zwar glaube ich nicht an diese Gerüchte, aber es ist arg genug, daß sie überhaupt geglaubt werden.

Das Manifest der parlamentarischen Opposition lautet nach der „Italie“:

„An die Italiener!“

Als einfache und freie Bürger und nicht mehr Vertreter der Nation lehren wir in die Mite unsrer Wähler mit der Sicherheit eines überzeugten Bewußtseins und der Genugtuung der erfüllten Pflicht zurück. Die Kammer ist aufgelöst: Ihr werdet Euch aussprechen.

Hervorgegangen aus den Wahlen von 1865 mit der Bedeutung einer Protestation gegen die schlechte Regierung und die verschwendliche Verwaltung beschloß die Kammer gleich in ihrem Anfang mit der Unterdrückung der religiösen Körperschaften eine Reform, die allgemein als eine Croberung aufgenommen wurde, welche ungünstiger Weise durch Irrtümer jeder Art, durch Schwäche einer furchtbaren Politik, durch das Nichtverständniß der strategischen Pläne und durch den ungeordneten, complicirten und langfahlen Mechanismus der öffentlichen Dienste gelähmt wurde.

Nach dem Unglück einer Demütigung, welche die Herzen mit Bitterkeit füllte, trotz der Zurückgabe eines kostbaren und theuren Theils Italiens, welcher auch die furchtbare Verzehrung des Auslandes darbot, bat die zu ihrer Arbeit zurückgerückte Kammer dringend, dieselben durch eine aufmerksame Prüfung der Budgets einzuhören, um zur Verminderung der überflüssigen Ausgaben und zur Unterdrückung der nutzlosen Ausgaben zu gelangen, ehe neue Aufgaben discutirt und genehmigt würden. Schon waren die Studien durch die einsichtsvollen Anstrengungen ihrer permanenten Commission beendet, und wichtige Einsparungen sollten vorgeschlagen werden. Die Unordnung unserer Finanzen hat nicht erst jetzt ihren Anfang genommen; vergebens verlangte die parlamentarische Opposition seit zehn Jahren unaufhörlich, die Rechnungen des Staats wieder zu sehen; die Regierung

hat sich stets hartnäckig geweigert, die Budgets zur rechten Zeit einzubringen, und ohne je die definitiven Rechnungen vorzulegen, welche das Geheimniß der schlechten Verwaltung und die Nothwendigkeit dringender Reformen offenbaren konnten.

Aber gegen alle Erwartung schlug das Ministerium die Auflösung der Kammer vor, da es den Tadel nicht dulden möchte, welcher ihm durch die Verleugnung des Gesetzes, des heiligen Devots, welches die Mandatäre der Nation, die Pflicht zu erhalten und gewissenhaft zu vertheidigen ohne Unterschied der Partei haben, auferlegt worden war.

Ihr wußt es, die Regierung, welche der öffentlichen Meinung ergeben sein sollte, welche von ihr zu anderer Zeit und sie nicht weniger ernste Gegenstände angerufen worden ist, verläugnet sie jetzt; sie bestraft sie sogar, weil sie dem Volum ihrer Vertreter Besall identisch, das sich schon in den vorbereitenden Diskussionen der Bureau gegen einen für die Civilisation und die Finanzen unheilvollen Gesetzesvorschlag an den Tag gelegt hatte, der uns unter der Fahne des geholigten Namens der Freiheit überreicht worden war, damit unsere Weigerung einem Widerspruch mit unsern Grundsätzen gleichen sollte.

Franreich.

* Paris, 18. Febr. [Die Gerüchte über Veränderungen im Cabinet der Tuilerien] sind wieder zum Schweigen gebracht. Sie waren dieses Mal mehr ein Wink für den Kaiser; dies ging so zu. In einer Partei-Versammlung bei Marie waren die Ansänge der diplomatischen Carrière Lavalette's als Gesandtschafts-Secretär in London (1840) zur Sprache gekommen und dabei des Gerüchtes erwähnt, daß er damals aus den geheimen Fonds 80,000 Fr. bezogen habe, um seinen Gesandten zu überwachen, resp. zu denunciren. Als Thiers hierüber befragt wurde, gestand er die Sach zu, da sie unter seinem Ministerium sich zugriffen habe. Die Opposition gab nun dieser Bestätigung möglichste Verbreitung und Lavalette soll in der ersten Befürzung selbst seinen Rücktritt vorschlagen haben, von Rouher jedoch zurückgehalten, „wird er diesen Verleumdungen fühn die Stirn bieten“ und seine winterlichen offiziellen Empfangs-Abende ruhig eröffnen.

Sieber die Verbannung des Gemahls der Königin von Spanien schreibt man der „A. Z.“ von hier Folgendes: „König Franz ist nun doch noch verbannt worden, und zwar, weil er mit dem Plane umging, seine Gemahlin vom Throne zu stoßen und seine Regentschaft zu proklamieren.“ Er stützte sich dabei auf Documente, die für die Königin sehr compromittierend sind und in deren Bezug er sich trotz aller Mühe, die man sich gegeben, um sie zu erlangen, noch immer befinden soll. Olozaga und Prim sind jetzt ganz ausgeschont. Man erwartet in der nächsten Zeit die ernstesten Ereignisse.“

[In dem neuen Pressegesetz] wird auch ein Privileg für den großen und kleinen „Moniteur“ figurieren, das ihnen Stempel- und Postfreiheit sichert. Dieses Privilegium erregt großen Unmut. Die Directoren der Provinzialblätter, die heute in den Bureau des Herrn Havas ihre Versammlung abhielten, sprachen sich energisch gegen die Moniteur-Privilegien aus. Es soll beschlossen sein, dienterhalb eine Petition an die Regierung zu richten, worin zugleich die Herausgebung des Stempels verlangt werde. — Die „Liberté“ und nach ihr auch die „France“ bringt heute in Erfahrung, daß in der neuen Gesetzgebung die Geldstrafe für Presvergehen so gesetzt sind, daß sie sich von 4000 als Minimum bis auf 40,000 Fr. erheben können. Und solche wahrhaft vernichtende Geldbußen sollen durch einen bloßen Zuchtpolizeiurteil in einer so überaus schwierigen Frage verhängt werden dürfen.

[Zum Briefverleihungs-Scandal.] Die offiziellen Blätter haben jetzt die Instruction, sich gegen die Verleihung des Briefgeheimnisses, dessen sich Herr Bandal schuldig gemacht hat, zu erklären; die „Patrie“ spricht sogar von der Genugthuung, welche man der öffentlichen Meinung in dieser Hinsicht schuldig sei; sie freut sich deshalb, daß man Berruyer nicht mit den betreffenden Interpellationen betraut hat, weil die Regierung einem Legitimisten gegenüber zu leichtes Spiel gehabt hätte.

Belgien.

Brüssel, 18. Febr. [In der vorgestrigen Sitzung der Kammer der Repräsentanten] hatten die Herren de Briele und Dumortier den Minister des Auswärtigen wegen der Schelde-Frage interpellirt. Herr Rogier hat darauf ausführlich geantwortet und versprochen, die sämtlichen Atenstädte, welche sich auf diese Frage beziehen, in den nächsten Tagen mitzuteilen, und die Kammer ersucht, bis dahin diese Angelegenheit ruhen zu lassen. Aus der Antwort des Ministers geht hervor, daß die Angelegenheit ihrer vollständigen Lösung nahe ist. Er erklärte, daß die Absicht der belgischen Regierung keine andere gewesen sei, als die, eine unparteiische, sachkundige Expertise zu erlangen, da die frühere belgisch-holländische Commission von Ingenieuren sich nicht hätte einigen können; die holländischen Sachverständigen und die belgischen waren entgegengesetzter Meinung geblieben. Deshalb habe die Regierung sich von den befriedeten und dabei interessirten Mächten die Ernennung einer internationalen Prüfungs-Commission erbeten. „Die Ingenieure sind endlich ernannt, der von England und der von Frankreich sind nach Brüssel gekommen. Wir haben diesen ehrenwerten Beamten nur einen unparteiischen Ausspruch abverlangt, wir sind erfreut gewesen, dieselben sich von Brüssel nach dem Haag begeben zu sehen, und zu meiner Genugthuung haben sie im Haag die beste Aufnahme gefunden, trotzdem, daß man zuvor die Eventualität ihres Erscheinens als eine unregelmäßige und ungerechtfertigte Intervention befürchtet hatte.“ Bezuglich auf die Anfrage wegen des Eisenbahnbauens durch holländische Anleihe 1882 77%. Deßter. Bankantheit 708. Deßter. Staatsschuld 177%. Darmst. Banknoten 215%. Darmstädter Bettelbank 248%. Meiningen Credit-Aktion 93%. Deßter. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktion —. Deßter. Elsässische 114%. Böhmisches Weißbahn —. Meiningen-Nabebahn —. Ludwigshafen-Berch 158. Hessische Ludwigshafen 134%. 5% Österreich. Anleihe von 1859 63%. 1854er Loos 61%. 1860er Loos 71%. 1864er Loos 78%. Badische Loos 55%. Kurhess. Loos 55%. Böhmische Brämenanleihe 102%. Deßter. Nat. Anl. 55%. 5% Metalliques 46%. 4% Metalliques 41%. Neues steuerfr. Anl. 49%.

Breslau, 21. Februar. [Polizeiliches.] Gestohlen wurde aus dem Bistum des Oberstehle, Bahnhofes 5 Buntplatten, vier davon gezeichnet v. L. W. J. S. u. S. und eine v. L. W. A. S.; und aus der Artillerie-Kaserne mehrere Soldatenmantel, welche mit dem Stempel der 2. sechspsündigen und resp. 5. zwölfspündigen Batterie versehen sind. Kreuzstraße Nr. 2 eine weiße Bettdecke. Bischofsstraße 16 eine Doppeljalousie und eine wollene Haube. (Fremdenbl.)

mittellungs-Vorschlag, betreffend den Gesetzentwurf über die Ausgleichung und Vergütung der Kriegsschäden, wurde von der Kammer mit allen gegen 4 Stimmen verworfen.

München, 20. Februar. Die „Bayerische Zeitung“ meldet amtlich: Die Commission württembergischer und bayerischer Offiziere zur Prüfung der Hinterladungswaffen hat ihre Berathungen vertagt, um dieselben nach Eintreffen von Munitionsvorräthen für das ins Auge gefaßte Einlader-Repetitionssystem wieder aufzunehmen. Die Commission ließ den Vorzügen der Hinterladungswaffen — kleines Kaliber, vollkommen Präzision und Schnelligkeit des Feuers — volle Anerkennung widerfahren.

Florenz, 19. Februar. Wie die „Nazionale“ versichert, wird durch königl. Decret die Ausführung des Gesetzes, betreffend die Erhebung einer 4 Prozent Steuer auf das Einkommen vom Grundbesitz bis zum 15. April verschoben werden. Das kommende Parlament wird entscheiden, ob diese Steuer beibehalten oder abgeschafft werden soll.

Der neue Finanzminister Depretis beabsichtigt gewisse Verbesserungen hinsichtlich der Besteuerung des beweglichen Vermögens einzuführen, durch welche die letztere für das Publikum fernerhin weniger lästig gemacht werden soll.

Ein Rundschreiben des Barons Ricasoli an die Präfecten äußert sich folgendermaßen: Die letzte Kammer hat nicht bewiesen, daß sie alle nötigen Elemente besaß, um ihre Aufgabe in einem parlamentarischen Staatsleben zu erfüllen. Das Ministerium wurde durch die höchsten Staatsrätslichen geleitet und blieb jener ruhmvollen Überlieferung treu, durch welche die Proklamirung der italienischen Einheit mit dem Besprechen der Freiheit der Kirche als zusammengehörig hingestellt wird, als sie eine Vorlage machte, um die schwedende Frage zwischen der bürgerlichen und der religiösen Gesellschaft zu lösen.

Der wahre Beweggrund der Parlamentsauslösung war: eine nationale, feste, compacte Majorität zu bilden, welche der Regierung Macht und Kraft verleihe. Italien ist der unfruchtbaren Diskussionen müde. Die Schwäche der Regierung und der fortwährende Wechsel der Personen und Programme im Cabinet ist die Hauptursache der häufigen Störungen im Verwaltungsgange. Hiergegen kann nur ein neues Parlament Abhilfe schaffen. Gleichwohl glaubt das gegenwärtige Ministerium seine Ansichten vor dem Lande darlegen zu sollen. Hinsichtlich der Finanzverwaltung glaubt dasselbe eine Vermehrung der Einnahmen durch Sparmaßnahmen und durch eine Reform des Steuerwesens anstreben zu müssen. Das Ministerium wird sofort die Rechnungsbücher der Discussion des Parlaments unterbreiten. Ein Hauptbelaststand, welcher Abhilfe erheischt, liegt in dem schlechten wirtschaftlichen Zustande, in welchem sich die italienischen Provinzen befinden.

Die Vorlage, betreffend die Kirchenfreiheit, hat Zweifel rege gemacht, welche beseitigt werden müssen. Bei einer etwaigen Diskussion wäre das Ministerium im Stande, manche Aufführung zu geben, manche Befürchtung zu beschwichtigen. Italien hat das ruhmvolle Geschick, die einzige noch zu lösende politische Frage mit der großen sozialen Frage der Beziehungen zwischen Kirche und Staat innig verbunden zu sezen. Die Regierung erwartet die Lösung des Problems von einer neuen umfassenden Anwendung der Prinzipien der Freiheit. Das Mittel dieser Anwendung wird eine neue umgestaltete Vorlage liefern können, in welcher dem Urtheil der öffentlichen Meinung Rechnung getragen wird.

Die Frage der Kirchenfreiheit hängt enge zusammen mit der Frage betreffs der geistlichen Güter. Nichts liegt den Absichten des Ministeriums ferner, als der Gedanke, die Bischöfe zu Schiedsrichtern über das kirchliche Vermögen zu machen, die religiösen Institutionen jeder Bürgerschaft für ihre Dauer zu übertragen und den niedern Clerus der Gewalt des hohen zu überlassen. Italien bedarf einer starken Regierung. Es verlangt die Entwicklung des Nationalreichtums, es wünscht aber keine abenteuerliche Politik. Das Parlament muß daher aus Persönlichkeiten zusammengesetzt sein, welche im Stande sind, diesen Anforderungen zu entsprechen.

Bern, 20. Februar. Der Bundesrat hat verfügt, daß die öffentliche Subsription auf die Anleihe von 6 Millionen Francs vom 1. bis 15. März stattfinden solle.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 20. Februar, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war unbelebt. Die Proc. die zu 69, 62% begonnen, wichen bis 69, 55 und schlossen in trager Haltung zu diesem Course. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91 gemeldet. Schluss-Course pr. Rente 69, 55. Italienische 5proc. Rente 53, 45. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktion 413, 75. Credit-Mobilier-Aktion 493, 75. Lombard. Eisenbahn-Aktion 410, 00. Oester. Anl. von 1865 pr. opt. 330, 00. Span. Ver. St.-Anl. von 1882 (unfeststempelt) 83%.

London, 20. Februar, Nachm. 4 Uhr. Matt. Die neue Anleihe der Donaufürstentümmer wurde mit 5% Prämie gehandelt. Schluss-Course: Consols 90%. 1proc. Spanier 31%. Sardinier 72. Italien. 5proc. Rente 53%. Lombarden 16%. Mexicaner 17%. 5proc. Russen 89%. Neue Russen 88. Silber 60%. Türkische Anleihe 1865 30%. 6proc. Verein. St.-Anl. von 1882 74%.

Frankfurt a. M., 20. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Recht fest und lebhaft. Süddeutsche Fonds gesucht. Schluss-Course. Preußische Kässer: Ideine 105%. B. Berliner Wechsel 105%. B. Hamburger Wechsel 88%. Londoner Wechsel 119%. B. Pariser Wechsel 94%. B. Wiener Wechsel 92%. Finnlandische Anleihe 88%. Neue 4% Finnlandische Pfandbriefe —. 6% Russ. Engl. Anl. 1862 86%. B. 44%. 6proc. Russ. Holl. Anl. 1864 84%. B. 44%. 6proc. Poln. Sch.-Obh. 4 63%. 4% etw. ba. Poln. Pfandbr. III Em. 4 63%. 4% etw. ba. Poln. Obh. 5 100%. 5 100%. 5 100%. Kurhess. 70. B. Baden 35 Fl. Loose —. 32 B. Amerikan. St.-Anl. 6 78 à 1% bz.

London, 20. Februar, Nachm. 4 Uhr. Matt. Die neue Anleihe der Donaufürstentümmer wurde mit 5% Prämie gehandelt. Schluss-Course: Consols 90%. 1proc. Spanier 31%. Sardinier 72. Italien. 5proc. Rente 53%. Lombarden 16%. Mexicaner 17%. 5proc. Russen 89%. Neue Russen 88. Silber 60%. Türkische Anleihe 1865 30%. 6proc. Verein. St.-Anl. von 1882 74%.

Frankfurt a. M., 20. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Recht fest und lebhaft. Süddeutsche Fonds gesucht. Schluss-Course. Preußische Kässer: Ideine 105%. B. Berliner Wechsel 105%. B. Hamburger Wechsel 88%. Londoner Wechsel 119%. B. Pariser Wechsel 94%. B. Wiener Wechsel 92%. Finnlandische Anleihe 88%. Neue 4% Finnlandische Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe 1882 77%. Deßter. Bankantheit 708. Deßter. Credit-Aktion 177%. Darmst. Banknoten 215%. Darmstädter Bettelbank 248%. Meiningen Credit-Aktion 93%. Deßter. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktion —. Deßter. Elsässische 114%. Böhmisches Weißbahn —. Meiningen-Nabebahn —. Ludwigshafen-Berch 158. Hessische Ludwigshafen 134%. 5% Österreich. Anleihe von 1859 63%. 1854er Loos 61%. 1860er Loos 71%. 1864er Loos 78%. Badische Loos 55%. Kurhess. Loos 55%. Böhmische Brämenanleihe 102%. Deßter. Nat. Anl. 55%. 5% Metalliques 46%. 4% Metalliques 41%. Neues steuerfr. Anl. 49%.

Frankfurt a. M., 20. Februar. Effecten-Societät. Ruhiges Geschäft. Credit-Aktion 177%. 1860er Loos 71% — 71%. Steuerfr. österr. Anleihe 49%. Amerikaner 77%.

Wien, 20. Februar. [Abend-Börse.] Schwankend. Staatsbahn sehr lebhaft. Credit-Aktion 190, 20. Nordbahn 165, 50. 1860er Loos 90, 25. 1864er Loos 83, 60. Deßter. Franz. Staatsbahn 213, 00. Galizier 222, 00. Caernovitzer 185, 00. Napoleonsdor —.

Hamburg, 20. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fonds sehr fest, russische Brämenanleihe niedriger. Valuten recht flau. Starke westindische Missionenendungen. Hamburger Staats-Brämen-Anleihe 90. — Schluss-Course: National-Anleihe 56%. Oesterreich. Credit-Aktion 74%. Deßter. 1860er Loos 70%. Vereinsbank 109%. Norddeutsche Bant 119%. Rheinische 116. Nordbahn 80%. Altona-Stieler 131. Finnlandische Anleihe 81%. 1864er Russ. Brämen-Anleihe 85%. 1866er Russ. Brämen-Anleihe 84%. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 70%. Disconto 2% pkt.

Hamburg, 20. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco matt, auf Termine sehr geschäftlos, nominal unverändert. Hafer flau und leblos. Öl stille, loco 25%, pr. October 26%. Hafer verkauft 2000 Sac Santos loco, 2000 Sac Rio schwimmend. Bink sehr flau. — Wetter trüb.

Liverpool, 20. Februar, Mittags. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Unverändert. Middle American 14, middling Orleans 14%, fair Dholera 11%, good middling fair Dholera 11%, middling Dholera 11%, Bengal 8%, good fair Bengal 8%, Domia 11%, Pernam 15, Egyptian 16%.

Antwerpen, 20. Februar. Petroleum, rass. Type, weiß, 49. Frs. pr. 100 Ro. Paris, 20. Februar, Nachmittag 3% Uhr. Rübbel pr. Februar 96, 50, pr. März-April 97, 50, pr. Mai-August 97, 00. Mehl pr. Februar 78, 75, pr. März-April 74, 50. Spiritus pr. Februar 61, 00.

London, 20. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizenabgang schleppend zu Montagspreisen, in fremdem beschränktes Geschäft zu wenig veränderten Preisen. Gerste und Hafer unverändert. — Schönes, milde Wetter.

Amsterdam, 20. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen stille. Roggen stille, auf Termine 4 fl. niedriger. Raps pr. April —, pr. October 70. Rübbel pr. Mai 37%, pr. October 39%.

Die „Berl. Börsen-Ztg.“ enthält nachstehende Privat-Depeche: Magdeburg, 20. Febr. Der Rechnungs-Abschluß der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft ist heute Vormittag fertig gestellt worden. Danach beträgt die Gesamt-Versicherungs-Summe 1,910,689,426 Thlr., die Gefallene-Brämen-Gesellschaft 4,677,204 Thlr., die zurückgezahlte Brämen-Reserve 1,468,225 Thlr., die gesammelten Brandschäden 2,373,897 Thlr., die Brand-schäden-Reserve 312,599 Thlr. Es verblieb schließlich ein Reingewinn von 444,896 Thlr. und es kommt an die Actionäre eine Dividende von 78 Thlr. oder 39 Proc. des Betriebschusses zur Vertheilung. Der Capital-Reserve bleibt unverändert wie bisher 626,022 Thlr.

Magdeburg, 20. Febr. Nachmittag durch einen unterm 15. d. M. abgeschlossenen Vertrag zwischen dem bisherigen Comité für die Berlin-Hannöversche Bahn und dem Directorium für die Magdeburg-Halberstädter Bahn alle bisher bereits erworbene Rechte von dem ersten auf die letzte genannte Bahn übertragen sind und auch über die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel ein vollständiges Abkommen geschlossen ist, haben Directorium und Ausschuss der Magdeburg-Halberstädter Bahn in einer heut Vormittag abgehaltenen Sitzung diesen Vertrag genehmigt und demgemäß beschlossen, die Ausführung der Berlin-Hannöverschen Eisenbahn zu übernehmen und sofort die entsprechenden Schritte für Erzielung der definitiven Concession zu thun. Die Einberufung einer General-Versammlung für Ratifizierung dieser Beschlüsse wird ohne Verzug erfolgen.

Magdeburg, 20. Febr. Nachmittag durch einen unterm 15. d. M. abgeschlossenen Vertrag zwischen dem bisherigen Comité für die Berlin-Hannöversche Bahn und dem Directorium für die Magdeburg-Halberstädter Bahn alle bisher bereits erworbene Rechte von dem ersten auf die letzte genannte Bahn übertragen sind und auch über die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel ein vollständiges Abkommen geschlossen ist, haben Directorium und Ausschuss der Magdeburg-Halberstädter Bahn in einer heut Vormittag abgehaltenen Sitzung diesen Vertrag genehmigt und demgemäß beschlossen, die Ausführung der Berlin-Hannöverschen Eisenbahn zu übernehmen und sofort die entsprechenden Schritte für Erzielung der definitiven Concession zu thun. Die Einberufung einer General-Versammlung für Ratifizierung dieser Beschlüsse wird ohne Verzug erfolgen.

Breslau, 21. Februar. Preise der Cerealen. Festsetzung der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen. fein mittel ordin. fein mittel ordin.

Weizen, weißer. 92—94 89 81—84 Gerste 57—59 55 50—53

do. gelber 90—92 86 80—83 Hafer 33—34 32 30—31

Roggen 68—69 67 65—66 Erbsen 63—66 59 54—57

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise für Naps und Rüben.

Naps 200 190 176 Winter-Rüben 180 172 164 pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.